

«Vom Breitsch füre Breitsch» 4/2010 «Ein sozialer Kanton für eine sichere Stadt Bern!»

Am 7. März stimmen wir in der Stadt Bern über eine Sicherheitsinitiative ab ...

► Am 7. März stimmen wir in der Stadt Bern über eine Sicherheitsinitiative ab, die den Polizeieinsatz mit einer festgeschriebenen Anzahl Stunden in die Verfassung der Stadt Bern festschreiben will – und über den Gegenvorschlag des Gemeinderates. Sicherheit ist wichtig – ohne Zweifel. Sicherheit lässt sich aber nicht ausschliesslich über mehr Polizistinnen und Polizisten realisieren. Sicherheit schaffen beginnt viel früher, bei der sozialen Sicherheit zum Beispiel: Mit einer guten Schul- und Ausbildung als Basis. Mit der Sicherheit, sich und seine Familie ernähren zu können. Mit der Sicherheit, in einer gleichberechtigten Welt leben zu können. Mit der Sicherheit, in einer Umwelt leben zu können, die eine Zukunft hat. Unzufriedenheit führt zu Unsicherheit, zu Verunsicherung. Viele die verun-

sichert und unzufrieden sind und sich nicht anerkannt fühlen, meinen, sich mit aggressivem Handeln Anerkennung schaffen und Zufriedenheit erreichen zu können. Der Gegenvorschlag des Gemeinderates will hier ansetzen: Er sieht auch eine Erhöhung der Polizei vor – er will aber auch die präventive Gassenarbeit aufstocken. Und noch etwas: Wir Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern zahlen heute bereits die höchsten Polizeikosten im Kanton Bern: Während die Bewohner/innen der Stadt Biel Fr 167.93 pro Kopf an die Kosten von Police Bern

... faire Verrechnung des Polizeiaufwandes in der Stadt!

zahlen, müssen wir Fr 231.16 pro Kopf bezahlen. Die Thuner/innen nur Fr 88.89. Und viele Gemeinden bezahlen gar nichts! Sind wir denn viel «krimineller» als sie? Sicher nicht. Also muss die spezielle Situation von

Bern als Hauptstadt erstmal richtig geregelt werden: Es kann nicht sein, dass nur die Stadtberner/innen für die Ausschreitungen an Sportanlässen bezahlen; es kann nicht sein, dass nur wir für die Sicherheitskosten von Grossanlässen bezahlen, die über unsere Stadtgrenze hinaus den Kanton oder sogar die Schweiz attraktiv machen.

Unterstützen wir also den Gegenvorschlag des Gemeinderates und lehnen wir die überrissene Initiative ab. Lösen wir anstehende Probleme: Setzen wir uns ein für die faire Verrechnung des Polizeiaufwandes in der Stadt, setzen wir uns ein für eine gute Bildung, kämpfen wir für sichere Arbeitsplätze, kämpfen wir für eine sichere Umwelt und setzen wir uns ein für einen sozialen Kanton Bern! Ich will es tun und hoffe auf Ihre Unterstützung bei den Grossratswahlen!

Béatrice Stucki,
Grossrätin SP Bern-Nord (bisher)

